Geset; Sammlung

fur bie

Roniglichen Preußischen Staaten.

No. 12. —

(No. 1718.) Privilegium, die Emission von Partial Dbligationen über die von dem Fürsten zu Wied bei dem von Nothschildschen hause kontrabirten Unleihe betrefs fend. Vom 24sten Mai 1836.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c.

Nachdem der Kurst zu Wied bei Uns barauf angetragen hat, ihm zur Aufnahme eines Darlehns von 700,000 Rthir. Preußisch Kourant von dem Banquierhause M. A. von Rothschild und Sohne ju Frankfurt am Main gegen Ausstellung von, auf den Inhaber lautenden und mit den erforderlichen Bins-Roupons versehenen Partial-Obligationen, Unsere Genehmigung zu ertheilen, sich auch gegen die Kassung des von ihm vorgelegten Entwurfs zu den Schuldverschreibungen nichts zu erinnern gefunden hat, und der Inhalt derselben die Sischerstellung des Hauptgläubigers und der Inhaber der Partial = Obligationen nachgewiesen hat; so ertheilen Wir hierdurch Unsere Landesherrliche Genehmi= gung zur Emission der letteren, nach Maakgabe des g. 2. des Gesetzes vom 17ten Juni 1833., wegen Ausstellung von Papieren, welche eine Zahlungsver-pflichtung an jeden Inhaber enthalten, durch gegenwartiges Privilegium, mit der rechtlichen Wirkung, daß die gedachten in 1500 Apoints bestehenden Partials Obligationen, wenn sie von der Fürstlichen Rentkammer beglaubigt seyn werden, mit der Hauptschuldverschreibung pro rata gleiche Wirksamkeit gegen den Schuldner haben und gewähren sollen, bergestalt, daß den Darleihern, deren Erben oder Cessionarien im Nichtzahlungsfalle ein eventuelles Rlagrecht gegen den Kursten zu Wied zustehen soll, und dieselben befugt senn sollen, sich wegen Kapitals, Zinfen und Roften an den ihnen verpfandeten Gegenständen zu halten.

Durch vorstehendes Privilegium wird für die Befriedigung der Glaubisger, deren Erben oder Cessionarien in keinerlei Weise eine Gewährleistung übers

nommen, und wird daffelbe vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilt.

Berlin, den 24sten Mai 1836.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. Kampg. Rother. Graf v. Alvensleben.

Rf

Orstehendes Privilegium wird in Gemäßheit des g. 2. des Gesetzes vom 17ten Juni 1833., wegen Ausstellung von Papieren, welche eine Zahlungsver= pflichtung an jeden Inhaber enthalten, hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 21 sten Juni 1836.

as hom. 19/36 Miss

v. Kamps. Rother. Graf v. Alvensteben.

Dei Rufereng ist forler Entering ga fellet

Caringles ag des tot i wasafile legate in Linghinger ar hinge offentige Ifiles i Store track format fi aif

grand wires wohriffer Bold - very tryithore fallinge

ford A marker , for win tagistif

8 2ice Reactage Joffappy per Sie in genieffiel gefryigan lo. proving engranded side for equicality alcan if 836 1.3 Se to. o. 19 hom 1836 zoin afypt, 9-103 " 24 2 1862 94 9ans for 1862 fog 244.

6) des Aget. Se Jestens gent gent gent gent gerteit. Ife. Confignet Gorder vom 19ten Juni 1836., betreffend bie Einziehung der Rirchen-, Pfarr. und Schul-Abgaben, ingleichen ber Forberungen von go forden false Segue france su Re- prong en Josemis en Mediginal Personen.

the elyotes supery property is hell begingly Theo go Esgelne be seif

recy to Sw Si Raffill

a bei Einforderung von Kirchen= und Pfarr-Abgaben sowohl über die Zu= laffigkeit der Exekution ohne vorgangigen Prozeß, als auch darüber, ob die Exes fution von dem Richter oder von der betreffenden Regierung zu verfügen ist, 3. 30. 30. 3 Breifel entstanden, auch gleichzeitig über die Einziehung der Forderungen der Medizinalpersonen nahere Bestimmungen in Antrag gebracht worden sind, so Hand Regge Staatsministeriums, auf Ihren Untragen des Staatsministeriums, auf Ihren Bericht vom 2 ten d. M.:

i) ex titulo generali Objevnen barifi for Sie adminification. Cofinds gri ungfridan . (NA. S. 9. f. Comog Confr.

I beständige Abgaber, 1) Alle beståndige dingliche oder perfonliche Abgaben und Leistungen, welche an Kirchen und öffentliche Schulen, oder an deren Beamte, vermoge einer allgemeinen gesetzlichen, oder auf notorischer Orte = oder die toege of des Elgan aifactriffe Bezirksversassung beruhenden Verbindlichkeit zu entrichten sind, dess gleichen die Forderungen öffentlicher Schul- und Erziehungs-Anstalten an Schul- und Pensionsgeld, unterliegen bei Saumigkeit der Debenten sowohl hinsichtlich der laufenden als der aus den letzten zwei Jah-2 10 Non S8. 72.20. 2018592-320ren ruckständig verbleibenden Beträge der exekutivischen Beitreibung durch die betreffende Verwaltungsbehörde.

2) Die exekutivische Beitreibung wird gehemmt, wenn der in Anspruch Genommene eine Exemtion behauptet und wenigstens feit zwei Jahren, bom letten Verfalltermine zurückgerechnet, im Besitze der Freiheit sich

befindet.

3) Das rechtliche Gehör bleibt nach Vorschrift des §. 79. u. f. Tit. 14. Cin Hartwag jel sin folges Litalus Thl. II. des Allgemeinen Landrechts, der Verordnung vom 26sten Des Accounts, some, Sur Jageleach afeig, zember 1808. § 41. und 42., einem Jeden verstattet, der aus besons 201. oge in sing su rechen sie bern Grunden die Befreiung von einer solchen Abgabe oder Leistung may an armer degate jagapiper foi, Si ife ofor San Halvey ollingue mired. France Sagages a, (trapiges aines nas ig 28 and gettend plantina Main grindficht) Cofaight , Saf die fraitige Algale Sing in game infail spilingbrung na San now 1788 anglande geltend machen will, oder in der Bestimmung seines Antheils, über die Gebuhr belastet zu senn, behauptet. Cas o of gry. n 24/3 6i 90.7m inti pag. 244 88 25 16.

4) In Betreff der, aus besondern Kontrakten oder testamentarischen Disspositionen auf Grundstücken haktenden jährlichen Abgaben an Kirchen und Schulen (§. 430. Tit. 50. der Prozesordnung) sindet die Exekustion nicht sosort statt, es muß vielmehr, wenn sie eingetragen sind, der Mandatsprozeß, und wenn sie nicht eingetragen sind der Bagatells oder summarische Prozeß, nach näherer Anleitung der deskallsigen gesetzlichen Bestimmungen, vorausgehen.

5) Wegen aller andern Forderungen der Kirchen= und Schulbedienten Tage Capacity findet, wenn sie mit einem Festsekungsdekrete versehen sind, der Mans tagen datsprozeß, sonst der Bagatell= oder summarische Prozeß, nach Vors

schrift der Verordnung vom Isten Juni 1833., statt.

6) Die Forderungen ordnungsmäßig konzessionirter Privat=Schul= und Erziehungs-Anstalten an rückständigem durch ihren Einrichtungs-Plan festgesetzen Schul= oder Pensionsgelde aus dem Zeitraume eines Jah= res von Einreichung der Klage zurückgerechnet, dursen im Wege des

Mandatsprozesses eingeklagt werden.

7) Mit gleicher Zeitbeschränkung soll dieses Vorrecht auch den Forderungen der Medizinalpersonen und Apotheker für ihre Besuche, Operationen und Arzneimittel zustehen. Die Liquidationen müssen jedoch von den ärztlichen Personen aller Klassen mit spezieller Angabe der Diensteleistungen und mit Verechnung einer jeden Dienstleistung nach den Bestimmungen der Medizinaltaxe aufgestellt, so wie die Nechnungen der Apotheker mit den ärztlichen Rezepten und einem Festsesungsdekrete belegt sehn. Diese Bestimmungen sind zur Nachachtung durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Berlin, den 19ten Juni 1836.

Friedrich Wilhelm.

Un die Staatsminister Brh. v. Altenstein und Muhler.

2) ex totalo

Therial

(No. 1720.) Allerhöchste Rabinetsorder vom 19ten Juni 1836., durch welche der Artikel XIII. ber Verordnung vom 17ten August 1825., wegen der nach dem Ebikte vom Isten Juli 1823. vorbehaltenen Bestimmungen für das herz dogthum Pommern und Fürstenthum Rügen dahin abgeändert wird, daß in Neu-Vorpommern die Landtagskosten kunftig eben so, wie in Altpommern, von jedem Stande in sich aufzubringen sind.

Da nach Ihrem Berichte vom 28sten v. M. die ståndischen Kommunalsonds in Neu-Vorpommern, nach Aushebung des Neben-Modus und der Akzise-Septima, nicht mehr hinreichen, um die Landtagskosten daraus zu bestreiten, so will Ich, auf den Antrag des dortigen Kommunal-Landtages, den Artikel XIII. der Verordnung vom 17ten August 1825., wegen der nach dem Scikte vom Isten Juli 1823. vorbehaltenen Bestimmungen für das Herzogthum Pommern und Fürstenthum Rügen, dahin abändern, daß in Neu-Vorpommern die Landtagskosten künstig ebenso, wie in Altpommern, von jedem Stande in sich auszubringen sind, und werden demnach die Artikel XVI. und XVII. der gedachten Verordnung auch für den lesteren Landestheil maaßgebend. Sie haben diese Meine Bestimmung durch die Gesetssammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 19ten Juni 1836.

Friedrich Wilhelm.

Un den Staatsminister v. Rochow.

(No. 1721.) Allerhöchste Rabinetsorder vom 25sten Juni 1836., die Berleihung der revidireten Städteordnung vom 17ten Marz 1831. an die Stadt Graet im Große herzogthum Posen betreffend.

Ich will auf Ihren Bericht vom 10ten d. M. der Stadt Graes im Großherzogthume Posen, dem Wunsche derselben gemäß, die revidirte Städteordnung vom 17ten März 1831., mit Fortlassung des in dortiger Provinz nicht anwendbaren zehnten Abschnitts, verleihen, und ermächtige Sie, mit deren Einführung den Ober-Präsidenten der Provinz zu beaustragen.

Berlin, ben 25sten Juni 1836.

Friedrich Wilhelm.

Un den Staatsminister v. Rochow.